

Finanzplatz Schweiz will gepflegt sein

FDP will die Wirtschaftspartei bleiben und setzt sich für eine wirtschaftsfreundlich Steuer- und Finanzpolitik ein

Vor einem Vortrag in Uster äussert sich Gerold **Bührer**, Parteipräsident der Schweizer FDP, im ZO/AvU zu wirtschaftspolitischen Fragen und zu anderen Problemen, die die Wirtschaftspartei in den letzten Monaten beschäftigt haben.

ZO/AvU: Wie sieht Ihre persönliche Bilanz nach den ersten Monaten als Parteipräsident der FDP Schweiz aus?

Gerold **Bührer**: Ich habe eigentlich einen guten Eindruck; und der wird unterstützt durch drei verschiedene Wählerumfragen, die uns alle als einzige Bundesratspartei im Vormarsch sehen.

Sie sprechen in Uster zur Finanz- und Steuerpolitik: Was halten Sie von der Neugestaltung des Finanzausgleichs, den Bundesrat Villiger mit den Kantonen ausgehandelt hat?

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs ist für mich über das rein Finanzpolitische hinaus auch sehr bedeutend für den Föderalismus. Abgesehen von den Einsparungen, die wir erzielen könnten, indem wir die Subventionsbürokratie abbauen, sehe ich vor allem, dass wir die Vollzugskrise im Föderalismus wieder abbauen können. Wenn uns der Finanzausgleich nicht gelingt, sehe ich langfristig eine Krise des föderativen Systems. Letztlich ist es also eine zentrale staats- und finanzpolitische Weichenstellung.

Welche Massnahmen sind nötig, um den Finanzplatz Schweiz zu stärken?

Da sehe ich vier Punkte: Erstens müssen wir die Massnahmen weiter umsetzen, um einen sauberen Finanzplatz zu erhalten. Im Kampf gegen die Geldwäscherei gehören wir international zu den Besten. Zweitens ist es nötig, dass die Finanzdienstleister selber sehr professionell sind. Drittens müssen wir eine stabile Wirtschafts- und Geldpolitik haben und ein attraktives steuerpolitisches Umfeld anbieten. Der vierte Punkt ist, dass wir uns von Angriffen aus dem Ausland nicht immer in die Defensive drängen lassen, sondern offensiv zu unserem Finanzplatz mit dem Bankkundengeheimnis stehen. - Im Gegensatz zu den Linken, die wallfahren, um unseren Finanzplatz zu schwächen, müssen wir wegen der Bedeutung des Finanzbereichs mit gegen 20 Prozent des Steueraufkommens alles daran setzen, ihn zu stärken.

Mit dem so genannten Steuerpaket sollen verschiedene Steuererleichterungen gewährt werden: Wo sind Ihrer Meinung nach die Prioritäten zu setzen, bei der Familienbesteuerung, beim Wohneigentum oder bei der Entlastung der Unternehmen?

Wir haben uns ja dafür eingesetzt, dass der Bundesrat das Steuerpaket ausweitet. Für mich sind sachlich alle Bereiche wichtig; betragsmässig hat für mich die Familienentlastung Priorität, die ja auch den grössten Teil der Entlastung ausmachen soll. Das ist für mich richtig, weil wir in der Benachteiligung von Familien gegenüber anderen Partnerschaften das grösste Manko haben. Vor allem ist auch die Verdoppelung der Kinderabzüge familienpolitisch absolut dringend und richtig, ebenso die Abzüge für Drittbetreuung von Kindern.

Uster liegt ja in unmittelbarer Nähe zum Flughafen Kloten, dessen hohe wirtschaftliche Bedeutung für die Region unbestritten ist. Wie bewerten Sie nun das Luftverkehrsabkommen mit Deutschland? Wird Ihre Partei der Ratifizierung im Parlament zustimmen?

Das Gesamtabkommen ist für uns nach wie vor nicht befriedigend, weil es diskriminierend ist, was politisch nicht mit dem Luftfahrtsabkommen mit der EU vereinbar ist. Es ist auch umweltpolitisch falsch, weil es nicht die Lärmmenge, sondern die Anzahl Flüge regelt. Es schafft auch ein gefährliches Präjudiz für das Luftfahrtrecht. Deshalb bleiben wir bei unseren Bedenken. Vor allem finden wir es falsch, dass der Verkehrsminister im April die Verhandlungen nicht unterbrochen und sich auf die Eckwerte eingelassen hat. Die abschliessende Beurteilung nehmen wir erst vor, wenn wir das Vertragswerk schriftlich vor uns haben. Wir verlangen vor allem auch eine Abklärung der EU-Kommission über die EU-Verträglichkeit dieser Regelung. Deshalb bleiben wir skeptisch und zurückhaltend und können sicher noch nicht zustimmen.

Wie sehr macht Ihnen der Fall Aliesch zu schaffen? Könnte er sich zu einem Problem für die gesamte FDP ausweiten?

Dieser Fall hatte sicher negative Effekte für die Bündner FDP, das ist klar. Nächstes Jahr finden Regierungsratswahlen statt, die aber Persönlichkeitswahlen sind. Wir haben mit dem 32-jährigen Martin Schmid einen guten Kandidaten. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass er mit seinen Qualifikationen das Rennen machen wird. Ich glaube auch nicht, dass es langfristige negative Effekte für die Schweizer FDP geben wird. Aber kurzfristig hat es sicher einen psychologisch negativen Effekt gegeben. Der Fall hat mich aber natürlich schon aufgeregt.

In jüngster Vergangenheit hat die FDP einiges von ihrem guten Ruf als der Wirtschaftspartei verspielt, man denke nur an den Fall SAirGroup. Hat Ihnen hier die SVP bereits den Rang abgelaufen?

Selbstverständlich gab uns der Fall Swissair, weil dort einige von uns - nicht als Parteivertreter, sondern als Persönlichkeiten - involviert waren, einen gewissen Schattenwurf. Aber auch die SVP und die CVP haben Leute in Gremien, wo es einmal schlecht gelaufen ist. In meinen Augen ist das billige Ablenkung, wenn Parteien das zum Thema machen; aber damit müssen wir leben. - Zum Gewerbe und zur Economiesuisse haben wir nach wie vor offene und enge Kontakte. Umfragen zeigen auch, dass das Vertrauen der Wirtschaft in uns nicht zurückgegangen ist.

Interview: Thomas Schär und Marco Lier

Gerold Bühler referiert in **Uster**

eing. Nach dem grossen Erfolg der beiden Vorträge zu den Themen «Von der alten zur neuen Ökonomie» und «Zukunft des Wirtschaftsstandortes Zürich» organisiert das *Wirtschaftsforum Uster* (WFU) einen weiteren besonderen Anlass.

Am Dienstag, 11. September, befasst sich Nationalrat und Wirtschaftsberater **Gerold Bühler**, lic. oec. publ., Präsident der FDP Schweiz, mit dem Thema «Finanzpolitik und Steuern». Der öffentliche Vortrag im Stadthofsaal **Uster** beginnt um 18.30 Uhr.